



Empfehlungen des Klima-Bürger*innenrats für die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts 2022 in Offenburg

Offenburg soll klimaneutral werden – das ist die Vorgabe für das neue Klimaschutzkonzept der Stadt Offenburg, das 2021 erarbeitet wird. Um dieses ehrgeizige, aber notwendige Ziel zu erreichen, muss die gesamte Stadtgesellschaft an einem Strang ziehen. Daher hat die Stadtverwaltung die Offenburger Bürger*innen aktiv in die Weiterentwicklung der Klimaschutzarbeit eingebunden: über eine Online-Beteiligungsplattform, einen Jugendworkshop und besonders mit dem Klima-Bürger*innenrat. In diesem Gremium haben sich 30 zufällig ausgewählte Offenburger*innen zwischen 14 und über 80 Jahren in zwei Online-Workshops am 5. Mai und am 9. Juni 2021 getroffen und sich stellvertretend für die Stadtgesellschaft intensiv mit dem Klimawandel und notwendigen Maßnahmen, diesen aufzuhalten, beschäftigt.

Dabei haben sich die Teilnehmenden mit Handlungsoptionen der Stadt, aber auch mit persönlichen Beiträgen zum Klimaschutz unter anderem in den Bereichen Wohnen und Konsum auseinandergesetzt. Themenübergreifend haben sich dabei fünf zentrale Empfehlungen an Stadtverwaltung und Gemeinderat herauskristallisiert:

1. Ausgewogenheit bei Entscheidungen zeigen

Um die Akzeptanz von klimaschutzbedingten Mehrkosten bei Investitionen zu erhöhen, muss der Mehrwert für den Klimaschutz klar erkennbar sein. Das gilt für öffentliche Projekte ebenso wie bei privaten Ausgaben. Klimaschutzprojekte, die einen großen Mehrwert mit sich bringen, aber in anderer Weise störend wirken können, wie z.B. die Nutzung von Windenergie, können dann akzeptiert werden, wenn alle Alternativen ausreichend geprüft werden und keine andere Möglichkeit, z.B. zur Energiegewinnung, besteht. Grundsätzlich sollten eher Anreize geschaffen werden, anstatt Vorschriften und Verbote zu erlassen. Letztere sollten nur dann zum Einsatz kommen, wenn Anreize allein nicht zu klimapositiven Entscheidungen der Akteure führen.

2. Informationsfluss dezentralisieren

Viele Initiativen und Beratungsangebote, darunter z.B. das Angebot der Ortenauer Energieagentur oder auch die Warentauschtage des Abfallwirtschaftsamts, sind nicht umfassend bekannt. Bürger*innen werden am besten über vertraute Personen und Strukturen im Quartier und der Nachbarschaft erreicht. Die Stadtverwaltung sollte deshalb noch stärker dezentrale Strukturen wie die Stadtteil- und Familienzentren oder die Ortsverwaltungen einbinden und bestehende Formate und Veranstaltungen in den Stadt- und Ortsteilen nutzen, um für Klimaschutz zu werben und über beispielhaftes Engagement oder nachhaltige Angebote zu informieren. Die Vorteile von Klimaschutz für die Lebensqualität sollen ebenso aufgezeigt werden, wie die drastischen Auswirkungen unseres aktuellen Lebensstils auf die Umwelt.



3. Regionale Expertise im Klimaschutz sichern

Insbesondere für Hauseigentümer*innen ist eine hohe Qualität der Beratung zu energetischen Fragestellungen zentral – sei es beim Hauskauf, bei Sanierungsvorhaben oder bei Angeboten zum Umstieg auf nachhaltige Wärmeversorgung im Zuge des Ausbaus von Fernwärmenetzen. Dazu muss die in der Region bestehende Expertise insbesondere der Ortenauer Energieagentur, bei den Energieversorgern, aber auch bei Handwerkern in ihrer Qualität gesichert werden.

4. Unterstützung bei finanziellen oder bürokratischen Hürden anbieten

Selbst ein kleiner Geldbetrag wie z.B. 30 Euro für eine Energie-Erstberatung hält den einen oder die andere davon ab, erste Schritte für den Klimaschutz zu gehen. Hier können von der Stadt finanzierte Aktionen wie die jährlich stattfindende Kampagne „klimafit im Quartier“ zur energetischen Gebäudesanierung mit kostenlosen Erstberatungen entscheidende Impulse setzen. Auch in der Zusammenarbeit mit Gewerbetreibenden und Unternehmen müssen Strategien entwickelt werden, die den Gewerbetreibenden einen niederschweligen und risikominimierenden Einstieg in nachhaltigeres Handeln ermöglichen – zum Beispiel beim Einstieg in ein stadtweit funktionierendes Mehrwegsystem, um den Einwegmüll im Außer-Haus-Verkauf der Gastronomie zu reduzieren. Zur Überwindung bürokratischer Hürden, z.B. bei Interesse an einer gemeinsamen Strom- oder Wärmeversorgung sollte die Stadt z.B. durch die Schaffung eines geeigneten Beratungsangebots unterstützen.

5. Austausch auf allen Kanälen fördern

Viele Bürger*innen wünschen sich einen kontinuierlichen Austausch zu Klimaschutzthemen. Veranstaltungen, wie z.B. die Veranstaltungen des Offenburger Netzwerks für Nachhaltigkeit oder ein jährlicher Klimaschutztag, sollten durch digitale Angebote ergänzt werden. Die bestehende Webseite und der Newsletter müssen noch stärker bekannt gemacht werden und sollten um eine interaktive Plattform und Tauschbörse für Kleidung und Gebrauchsgegenstände erweitert werden. Auch soll die Stadtverwaltung die Chancen der Digitalisierung so weit wie möglich nutzen, z.B. um Entscheidungen zu finden und diese zu kommunizieren.